

AUSSPRACHE

Der gewerkschaftliche Auftrag heute

Es ist befruchtend für die Sache, wenn innerhalb der Gewerkschaftsbewegung Wort und Gegenwort kritisch geübt werden. *Helmut Wickel* hat das Verdienst, im vergangenen Herbst in den Gewerkschaftlichen Monatsheften die Frage nach einer gegenwärtigen Gewerkschaftstheorie und -konzeption aufgeworfen zu haben, und der Redaktion muß man dankbar sein, daß sie einen alten Theoretiker und Praktiker wie *Fritz Fricke* nun weiterführend zu der aus der Entwicklung der Zeit gegebenen Gewerkschaftspraxis ebenfalls zu Wort kommen ließ. Ich halte es für gut, daß man Forschung und Kritik im eigenen Hause immer mehr Raum gibt. Um so mehr ist dies zu begrüßen, als wir beanspruchen, unsere Angelegenheiten selbst zu gestalten und uns nicht von Außenstehenden Vorschriften machen zu lassen.

Daß ein erheblicher Teil der Mitgliedschaft beziehungslos zu Bewegung und Organisation steht, zeigt auch *Kurt Brumlop* auf, wenn er, ebenfalls in der Aprilnummer der Gewerkschaftlichen Monatshefte, das Ergebnis der Wahlen zur Angestelltenversicherung analysiert und das Verhältnis der Angestellten zur heutigen Gewerkschaft beleuchtet.

Was das Organisationssystem unserer neuen deutschen Gewerkschaftsbewegung angeht, so stimme ich Fritz Fricke voll und ganz zu. Wir sollten nicht dem Dogma — als unumstößlichem Lehrsatz — huldigen, als wenn das Industriegewerkschaftsprinzip das einzig richtige wäre. Warum sollten wir nicht der Angestelltenschaft eine Gewerkschaftsorganisation geben, die den vielschichtigen Berufen der Angestellten gerecht wird? Diese Frage wird künftig nicht bedeutungsloser, sondern dringender werden, weil in der arbeitsteiligen Wirtschaft die Angestelltentätigkeit und die Verwaltungsarbeit immer größere Bereiche annehmen. Beweis dafür ist, daß die Zahl der manuell Schaffenden in den letzten Jahrzehnten zurückgegangen ist.

Es ist unsere Schwäche, daß durch die Stärke des Apparats die Gewerkschaftsidee von heute zu erstarren droht. Das erkennt man am Stillstand unserer Lohnpolitik, dem dogmatischen Festhalten in der Organisationsfrage, der fehlenden einheitlichen Konzeption einer gemeinsamen Gewerkschaftspolitik, wie Fricke es auch anspricht. Die Ursache dieser hemmenden Entwicklung liegt in der falschen Organisationsmacht der großen Gewerkschaftsverbände; sowohl in der Spitze wie auch in den nachgeordneten Stufen der Bezirke und den lokalen Gliederungen. Wer ehrlich ist, muß zugeben, daß die Beziehung von Mitglied und Idee uns zum Teil verlorengegangen ist, durch ein nicht

ausreichendes Wahlsystem der formalen Demokratie in unseren Gremien. Es darf nicht sein, daß die lebenerfüllende Demokratie in der Gewerkschaftsbewegung durch eine Formalmethode eingefroren wird. Vielfach unterliegen die Wahlen dem reinen Zufall oder der gesteuerten Wahlbeeinflussung — manchmal wegen des Fehlens der lebendigen Anteilnahme —; beides aber, das eine wie das andere, ist gefährlich. Dies ist uns gelegentlich in den letzten Jahren deutlich vor Augen geführt worden, und nicht zuletzt entstammt daraus die jetzt geführte Diskussion. Die Kraft der lebendigen Organisation in der Bewegung muß durch ein gesichertes Wahlsystem intensiviert werden, indem nach der tatsächlichen Schichtung in den einzelnen Orten, Kreisen und Ländern bis zur Führungsspitze hin in allen Gewerkschaften gewählt wird.

Fricke spricht auch von den Grenzen des gewerkschaftlichen Auftrages und weiß, daß Religion und Weltanschauung ganz bestimmte Grenzen für den einzelnen ziehen. Hier können wir von den amerikanischen Gewerkschaften lernen, die bekanntlich ebenfalls das Einheitsgewerkschaftsprinzip haben. Den Minderheiten in einer großen Bewegung muß ausreichend Raum gegeben und ihr Einfluß durch ein entsprechendes Wahlsystem gesichert werden. Es wäre eine konstruktive Aufgabe des im Oktober stattfindenden DGB-Kongresses, in dieser Hinsicht an eine Neugestaltung der Satzung heranzugehen, um alle geistigen und praktischen Kräfte in unseren Reihen zum Zuge kommen zu lassen. Insbesondere muß dies die Aufgabe aller 1.6 Gewerkschaften sein.

Alle diese Aufträge und Arbeiten müßten ihren Niederschlag in einer Neuorientierung unserer Methodik und Form durch die Satzung finden. Es geht alle Gewerkschaften an, und deshalb müßten die großen unter ihnen nach dem Grundsatz handeln, die ersten unter gleichen zu sein. Nur dann werden wir den richtigen Weg finden, um künftig der wirtschaftlichen und soziologischen Situation gewachsen zu sein. Es ist ein großes Positivum, wenn wir durch die in Fluß gekommene Diskussion nach achtjähriger Anfangsentwicklung nunmehr in das Stadium der realen Anpassung kommen und den Mut haben, nach dem realistischen Grundsatz zu handeln, wie es die amerikanischen Gewerkschaften tun: „Wir versuchen und machen Fehler!“

Soziologisch gesehen stehen die Gewerkschaften als Gesellschaftsfaktor vor einer nie gekannten Situation. Die meisten Mitglieder der heutigen Gewerkschaft haben ein anderes Ordnungsbild als vor 50 Jahren. Hinzu kommt, daß durch die Technisierung viele neue Berufe entstanden sind, die es früher nicht gab.

Was not tut, ist die Anteilnahme des ehrenamtlichen Elements in unseren Reihen. Unsere ehrenamtlichen Mitarbeiter lassen viel zuviel

über sich ergehen. Ihre Mitwirkung in den zentralen Gremien und den lokalen Gliederungen müßte viel mehr zur Geltung kommen. Sie sollten teilhaben an der Hierarchie. Kollektiv geübte Verantwortung hemmt öfter die Entfaltung der Persönlichkeit und den Einfluß der Minderheit.

Die Stärke der Gewerkschaften beruht auf dem menschlichen Kontakt untereinander. Die Gewerkschaftsführung oben ist stark, wenn auf der unteren Ebene ein absolut gutes Vertrauensverhältnis herrscht. Dafür müssen wir sorgen. Immer bleibt der Gewerkschaftsauftrag bestehen: Das Alltägliche zu tun und für das Kommende zu wirken. PETER TIVES

Keynes und die Inflation

1. *J. M. Keynes* war nie Präsident der Bank von England, wie *Dr. Hans Muthling* in seinem Aufsatz über die Gefahren für die Währung in Heft 3/1954 schreibt, sondern Professor in Cambridge. Wohl war er zeitweise in den vierziger Jahren Berater des britischen Schatzkanzlers, und zwar vor allem von *Hughes Dalton*, dem ersten Finanzminister der Labour-Regierung. Dalton war wie viele andere hervorragende Sachverständige der Labour Party ein Schüler von Keynes.

2. Die große Bedeutung von Keynes liegt vor allem darin, daß er im Gegensatz zur klassischen Volkswirtschaftslehre den Nachweis erbracht zu haben glaubte, daß die Regierung die Aufgabe hat, den Konjunkturzyklus abzuschwächen und dadurch — d. h. durch aktives Eingreifen — Krisen und Arbeitslosigkeit von größerem Umfang zu verhindern.

Da Keynes die Beherrschung des Geldwesens in diesem Zusammenhang als notwendig erachtete, ging man in einigen Ländern — u. a. in Großbritannien und Holland —, wo die sozialistischen Parteien einen erheblichen Einfluß haben, zur Nationalisierung der Zentralbank über. Die beiden erwähnten Länder haben damit gute Erfahrungen gemacht, namentlich wurden das Streben nach Vollbeschäftigung und der Einfluß auf die Investitionspolitik hierdurch gefördert. Es ist daher nicht verwunderlich, daß der „Volkswirt“ eine private Notenbank, die mehr den privaten Interessen dient, einer Zentralbank im Gemeineigentum vorzieht.

3. Keynes' Theorie lief durchaus nicht „auf die Empfehlung einer dosierten Inflation hinaus“, wobei außerdem zu bemerken wäre, daß eine „dosierte“ Inflation eine Preissteigerung von etwa 1 vH pro Jahr zur Folge hätte und daher etwas ganz anderes ist als die „galoppierenden“ Inflationen, deren Opfer Deutschland zweimal innerhalb einer Generation geworden ist. Hier hat man das typische Vorbild für das Umschlagen der Quantität in die Qualität.

Keynes' monetäre Konjunkturpolitik hat einen anti-zyklischen Charakter, d. h. sie soll sowohl eine durch die Hausse drohende Inflation als auch eine krisenverursachende Inflation bekämpfen. Bei drohender Inflation müssen inflationshemmende bzw. deflatorische Maßnahmen getroffen werden. Dazu gehören z. B. konsumhemmende Steuern — namentlich auf Luxusartikel —, wodurch möglicherweise ein Überschub im Staatenhandel erzielt werden kann, und Kreditrestriktionen, um Investitionen abzu-bremsen.

Es ist sehr umstritten, ob ein Haushaltsüberschub vernichtet oder nur zeitweise sterilisiert werden soll. Falls nämlich die Investitionen hinter den Ersparnissen privater Personen zurückbleiben, entsteht eine Nachfragerücke, die zu Deflation und Massenarbeitslosigkeit führen kann. Wenn die freie Wirtschaft hier versagt, muß der Staat durch deflationshemmende bzw. inflationistische Maßnahmen eingreifen. („Inflationistisch“ ist etwas anderes als „inflationfördernd“!) Verfügt der Staat über eine Reserve, dann kann er diese — ebenso wie ein Privatunternehmer — dazu benutzen, um seinerseits Investitionen vorzunehmen und dadurch die drohende Deflationskrise zu bekämpfen.

Verfügt der Staat nicht über derartige Reserven, wie das nach Kriegsende in Europa allgemein der Fall war, dann kann er die notwendige Kompensation der Nachfragerückelücke auf zweierlei Manier durch monetäre Mittel bestreiten: durch Aufsaugen schwebender Kaufkraft mittels Ausgabe von Staatsanleihen oder, falls die Sparer der Hortung von Bargeld dem Vorzug geben, vor allem Sparen in Staatsanleihen durch die Beleihung von Scheckwechseln: bei der Notenbank. Beides hat ein Haushaltsdefizit, aber nicht notwendigerweise eine Geldentwertung zur Folge.

4. In diesem Zusammenhang muß auf einer der bedeutendsten Feststellungen von Keynes verwiesen werden. Geht man davon aus, daß das Nationaleinkommen (= Sozialprodukt) durch die Gesamtheit der Empfänger entweder für Konsumzwecke ausgegeben oder gespart wird, dann ist es deutlich, daß die Ersparnisse innerhalb kurzer Frist wieder in den Wirtschaftskreislauf zurückkehren müssen, damit die Nachfrage in der nächsten Wirtschaftsperiode ebenso groß ist wie in der vorhergehenden. Da Ersparnisse — im Gegensatz zu Konsumausgaben — zur Finanzierung von Investitionen dienen, müssen sie also im vollen Umfang für Investitionen gebraucht werden, falls eine Nachfragerücke und damit Arbeitslosigkeit vermieden werden soll. (Ist das Ziel der Wirtschaftspolitik steigender Konsum oder steigende Investitionstätigkeit oder beides, dann ist sogar eine Kreditausweitung notwendig!) Das große Verdienst von Keynes ist, deutlich gemacht zu haben, daß in der Marktwirtschaft keinerlei Garantie dafür-

besteht, daß gesparte Einkommensteile auch für Investitionen verwendet werden. In Zeiten, in denen die Erwartungen der Unternehmer gering oder gar negativ sind, wird Einkommen in großem Ausmaß gehortet, wodurch die Durchströmung der Wirtschaft unterbunden wird. Die Nachfrage fällt, vor allem im Investitionssektor, die Preise fallen, in Abwartung weiterer Preissenkungen steigt die Zurückhaltung und mit ihr die Zahl der Arbeitslosen.

In dieser Situation muß nach Keynes der Staat eingreifen, in erster Linie durch monetäre und fiskale Maßnahmen. Während bei Inflationen zuviel Geld hinter zuwenig Gütern herjagt, die kaufkräftige Nachfrage also größer ist als das Angebot, weil der Geldwert des Nationaleinkommens größer ist als der Geldwert des Sozialprodukts, liegt hier der Fall umgekehrt. Da ein Teil des Nationaleinkommens, das bei einem Gleichgewichtszustand — in Geldeinheiten ausgedrückt — mit dem Sozialprodukt übereinstimmt, gehortet wird, steht gegenüber dem normalen Angebot eine zu geringe kaufkräftige Nachfrage, gegenüber der verfügbaren Gütermenge zuwenig Geld. Geht der Staat nun zu Investitionen mittels Krediterschöpfung über, greift er auf sterilisierte Reserven zurück oder erhöht er durch Steuerermäßigung, Steigerung der Sozialleistungen oder durch Änderungen in der Einkommensverteilung den aktiven Geldumlauf, dann ergreift er damit nur diejenigen Maßnahmen, die unbedingt notwendig sind, wenn Massenarbeitslosigkeit vermieden werden soll. Werden diese Schritte maßvoll und verantwortungsbewußt getan, dann droht keine Geldentwertung. Die Alternative ist also nicht: Arbeitslosigkeit oder

Inflation, sondern bewußte Konjunkturpolitik unter Verantwortlichkeit des Staates als Vertreter des Gesamtwohls gegenüber den Interessen einzelner oder große Konjunkturschwankungen mit Massenarbeitslosigkeit einerseits und riesigen Spekulationsgewinnen andererseits.

5. Begreiflicherweise ist die „Inflationsempfindlichkeit“ in Deutschland größer als in anderen Ländern. Das kommt vor allem darin zum Ausdruck, daß — obwohl „mehr Geld produziert wird“ — von einem Kapitalmangel die Rede ist, und die letzte Bayrische Staatsanleihe mit 7 1/2 vH Zinsen angeboten wurde. In Holland, wo die monetäre Situation ähnlich ist, beträgt der Zinsfuß 3 1/2 vH. Der „Hang zum Horten“ kommt in dem doppelt hohen Satz Bayerns deutlich zum Ausdruck.

6. In diesen Ausführungen konnte nur ein sehr flüchtiges Bild der Gedanken von Keynes gegeben werden. Auch maße ich mir nicht an, an den Bemerkungen von Dr. Mütthling bezüglich der deutschen monetären Politik Kritik zu üben. Wohl bin ich der Ansicht, daß man die Lehre von Keynes nicht darum angreifen soll, weil sich politische Gegner — zu Recht oder zu Unrecht — darauf berufen. Tun sie es zu Recht, dann sollte man sie darauf hinweisen, daß es Keynes — und später *Beveridge* — war, der der Marktwirtschaft den theoretischen Todesstoß versetzte.

Abschließend sei gesagt, daß für viele englische Gewerkschafter die Keynessche Lehre nicht das letzte Wort ist. Obwohl die Labour-Regierung weitgehend dem Gedanken von Keynes gefolgt ist, führte sie die Nationalisierung der Basisindustrien im Interesse der Vollbeschäftigung durch.

Dr. HEINZ UMRATH